

14.01.99

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

Entschlieung zum Euro als Parallelwährung

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 000916 - vom 12. Januar 1999. Das Europäische Parlament hat die
Entschlieung in der Sitzung am 15. Dezember 1998 angenommen.

EntschlieÙung zum Euro als Parallelwährung

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Gründung der Europäischen Zentralbank und den Beginn der dritten Stufe der WWU,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 30. April 1998 zum Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstituts und zum Dokument der Kommission mit dem Titel "Euro 1999 - 25. März 1998 - Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlung für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion"⁽¹⁾,
 - gestützt auf Artikel 148 der Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik (A4-0447/98),
- A. in der Erwägung, daß der Start der dritten Stufe der WWU am 1. Januar 1999 leider ohne das Pfund Sterling, die schwedische Krone, die dänische Krone und die griechische Drachme erfolgen wird,
- B. in der Hoffnung, daß das Vereinigte Königreich, Schweden, Dänemark und Griechenland in ihrem eigenen Interesse, im Interesse der anderen am Start der WWU beteiligten Mitgliedstaaten und vor allem im Interesse der Völker der Europäischen Union als Ganzes der einheitlichen Währung möglichst bald beitreten werden,
- C. in der Erwägung, daß trotz der politischen und wirtschaftlichen Hindernisse, die einem Beitritt des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands derzeit noch im Wege stehen, eine beträchtliche Mehrheit ihrer Bürger davon ausgeht, daß sie innerhalb der nächsten sieben Jahre der WWU beitreten werden (im Vereinigten Königreich beispielsweise 65%),
- D. in der Erwägung, daß Unternehmen im Vereinigten Königreich, Schweden, Dänemark und Griechenland weitgehend der Auffassung sind, daß die frühzeitige Möglichkeit, Geschäfte in Euro abzuwickeln, einen Wettbewerbsvorteil bedeuten wird,
- E. in der Erwägung, daß die politische Ungewißheit über den Zeitpunkt des Beitritts des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands zur WWU und die wirtschaftliche Ungewißheit, die damit verbunden ist, daß sie sich die Möglichkeit offen

⁽¹⁾ ABl. C 152 vom 18.5.1998, S. 33.

halten, den Wert ihrer Währungen zu beeinflussen, durchaus bewirken könnten, daß das Pfund Sterling, die schwedische Krone, die dänische Krone und die griechische Drachme sehr viel stärker gegenüber dem Euro schwanken werden als in der letzten Zeit gegenüber der D-Mark,

- F. in der Erwägung, daß stärkere Schwankungen sich auch aus dem im Vergleich zur D-Mark größeren Gewicht des Euro auf den internationalen Märkten und aus den Auswirkungen ergeben könnten, die dies auf die Schwankungen des Pfund Sterling, der schwedischen Krone, der dänischen Krone und der griechischen Drachme gegenüber dem Dollar und dem Yen haben kann,
- G. in der Erwägung, daß durchaus die Möglichkeit besteht, daß diese Schwankungen durch die Spekulationsanfälligkeit kleinerer Währungen noch verstärkt werden, wie dies die jüngste weltweite Entwicklung der Kapitalmärkte gezeigt hat,
- H. in der Erwägung, daß damit zu rechnen ist, daß als Folge dieser Schwankungen die Kapitalkosten im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland höher sein werden als in der Euro-Zone,
- I. in der Erwägung, daß ab dem 1. Januar 1999 der Euro für alle EU-Zahlungen verwendet wird, so daß sich von EU-Zahlungen abhängige Sektoren wie zum Beispiel die Landwirtschaft in Mitgliedstaaten, die nicht der WWU angehören, größeren Risiken gegenüber sehen und bestrebt sein könnten, diese Risiken auf ihre einheimischen Anbieter abzuwälzen, indem sie sie auffordern, ihre Rechnungen in Euro auszustellen,
- J. in der Erwägung, daß die Verwendung des Euro durch Touristen in den Regionen der "Pre-ins", in denen der Fremdenverkehr eine wichtige Rolle spielt wie beispielsweise in London und auf den griechischen Inseln, von besonderer Bedeutung sein könnte,
- K. in der Erwägung, daß eine ganze Reihe großer multinationaler Konzerne, die im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland tätig sind, bereits angekündigt haben, daß sie beabsichtigen, ab 1. Januar 1999 das Wechselkursrisiko auf ihre einheimischen Anbieter abzuwälzen, indem sie sie auffordern, ihre Rechnungen in Euro auszustellen,
- L. in der Erwägung, daß eine ganze Reihe inländischer Unternehmen im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland, die in die Euro-Zone exportieren, versuchen werden, ab 1999 das Wechselkursrisiko auf ihre einheimischen Anbieter abzuwälzen, indem sie sie auffordern, ihre Rechnungen in Euro auszustellen,
- M. in der Erwägung, daß der Wunsch, Preise problemlos in der gesamten Europäischen Union miteinander vergleichen zu können, britische, schwedische, dänische und griechische Einkaufsmanager, selbst von Firmen, die keine Einnahmen in Euro erzielen, durchaus dazu veranlassen könnte, ihre einheimischen Anbieter aufzufordern, ihre Preise in Euro anzugeben,
- N. in der Erwägung, daß im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland in einigen Sektoren, namentlich Finanzdienstleistungen und Informationstechnik, in denen

Arbeitgeber und Belegschaft international sind, in den kommenden drei Jahren der Euro zu der Währung werden wird, auf die die meisten Gehälter für Führungskräfte lauten werden,

- O. in der Erwägung, daß es auch möglich ist, daß im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland die Tarifgehälter in vom Euro abhängigen Sektoren wie beispielsweise in der Automobilindustrie ausdrücklich an den Euro-Wechselkurs gebunden sein werden, auch wenn sie weiterhin auf die jeweilige Landeswährung lauten,
- P. in der Erwägung, daß es wahrscheinlich ist, daß der Euro in den kommenden Jahren in Einfuhrverträgen für wichtige Rohstoffe wie Nordseeöl und -erdgas in der Euro-Zone eine dem Dollar entsprechende Bedeutung erlangen wird,
- Q. in der Erwägung, daß es möglich ist, daß der Euro in den kommenden Jahren in den Ländern, die den Beitritt zur Europäischen Union beantragt haben, bei internationalen Handels- und Investitionsgeschäften eine dem Dollar entsprechende Bedeutung erlangen wird,
- R. in der Erwägung, daß der Euro daher nach dem 1. Januar 1999 im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland keineswegs nur eine weitere ausländische Währung sein wird, sondern eine Währung, auf die ein rasch wachsender Teil der Geldmenge dieser Länder lauten wird (in Schweden in den kommenden drei Jahren möglicherweise bis zu 15%),
- S. in der Erwägung, daß diese Entwicklung zu begrüßen ist, da sie zweifellos dazu beitragen wird, die Teilnahme des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands an der WWU zu beschleunigen,
- T. in der Erwägung, daß diese Entwicklung jedoch den Zentralbanken des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands die Verfolgung ihrer nationalen Geldpolitik zunehmend erschweren wird,
- U. in der Erwägung, daß diese Entwicklung durchaus auch mittlere und kleine Unternehmen, die noch nie zuvor mit Devisen zu tun hatten, dazu veranlassen könnte, allzu leichtfertig Risiken einzugehen, die ihnen unbekannt sind und die sie nicht richtig handhaben können,
- V. in der Erwägung, daß diese Entwicklung auch Verbraucher dazu veranlassen könnte, allzu leichtfertig Schulden und andere finanzielle Verpflichtungen in Euro einzugehen, ohne sich der damit verbundenen Risiken bewußt zu sein,
- W. in der Erwägung, daß die parallele Verwendung des Euro in Ländern, die den Beitritt zur EU beantragt haben, zu begrüßen wäre, da sie ihre Beziehungen zur Union verstärken und ihren späteren Beitritt erleichtern wird,
- X. in der Erwägung, daß diese Entwicklung jedoch mit der Zeit ähnliche Risiken mit sich bringen könnte, wie sie derzeit für das Vereinigte Königreich, Schweden, Dänemark und Griechenland bestehen,

- Y. in der Erwägung, daß die parallele Verwendung des Euro auf breiterer internationaler Ebene zu begrüßen wäre, da sie seine Rolle als mit dem Dollar gleich wichtige Weltwährung untermauern würde,
1. ist der Auffassung, daß
- i. der parallelen Verwendung des Euro im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland von öffentlicher Seite in den Mitgliedstaaten keinerlei Hindernisse in den Weg gestellt werden sollten,
 - ii. die EZB einen eigenen Ausschuß für die Überwachung der parallelen Verwendung des Euro im Vereinigten Königreich, in Schweden, Dänemark und Griechenland einsetzen und sicherstellen sollte, daß sie den Beitritt dieser Staaten zur WWU eher fördert denn hindert,
 - iii. die Zentralbanken des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands bis zum 1. Januar 1999 offizielle Erklärungen dazu abgeben sollten, wie sie die Entwicklung der parallelen Verwendung des Euro im Rahmen ihrer Volkswirtschaften in den kommenden drei Jahren sehen und welches Verhalten sie Finanzinstituten, Unternehmen und Verbrauchern angesichts dieser Situation empfehlen; diese Erklärungen müssen dem Europäischen Parlament über seinen Unterausschuß Währung vorgelegt werden,
 - iv. die einzige Möglichkeit, die mit der parallelen Verwendung des Euro für das Vereinigte Königreich, Schweden, Dänemark und Griechenland verbundenen Risiken zu verringern, darin besteht, daß ihre Regierungen dafür sorgen, daß alle am Wirtschaftsleben Beteiligten ein möglichst klares Bild von ihrer gegenüber dem Euro verfolgten Politik erhalten, und diese genau dies anstreben sollten,
 - v. die einzige Möglichkeit, die mit der parallelen Verwendung des Euro für das Vereinigte Königreich, Schweden, Dänemark und Griechenland verbundenen Risiken zu beseitigen, darin besteht, daß sie der WWU beitreten, und sie genau dies so bald wie möglich anstreben sollten;
2. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, dem EZB-Rat sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.